

Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies will wieder Wölfe zum Abschuss freigeben



Presseerklärung der Gesellschaft zum Schutz der Wölfe e.V.

Rumeltshausen, 14.12.2021

Nach Angriffen auf Weidetiere zwischen Bremen und Bremerhaven sollen zwei Wölfe getötet werden. Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies hat am Samstag, 11. Dezember 2021 angekündigt wieder Ausnahmegenehmigungen für die Entnahme von Wölfen zu erteilen. Betroffen sind das Schiffdorfer und Garlstedter Rudel.

Nachdem im Frühjahr 2021 bereits vier Ausnahmegenehmigungen in Niedersachsen erteilt und ausgeführt wurden und nicht ein einziges Mal der Wolf entnommen wurde, für den die Ausnahmegenehmigung tatsächlich erteilt wurde, setzt Minister Lies seine Politik des Herdenschutzes durch Wolfsabschüsse fort.

Aber der Minister plant noch mehr. Im Interview mit NORD 24 am 11. Dezember 2021 sagt er: „Wir wollen regional differenziert handeln können in einer Region in der es viele Wölfe gibt. Gibt es dort eine größere Zahl Wölfe und gibt es dort, ... ein öffentliches Interesse (Deich) und dafür notwendiger Weise die Schafe auf den Deichen, müssen wir in diesen Regionen flexibler und schneller und konsequenter handeln können“. Das ist unserer Ansicht nach ein Hinweis auf wolfsfreie Zonen und die sind ganz sicher nicht mit dem Europarecht zu vereinbaren.

Ob bei den zuletzt erfolgten Rissen tatsächlich ein ordnungsgemäßer, wolfsabweisender Herdenschutz vorhanden war, ist offenbar strittig. Ob die nun angekündigten Ausnahmegenehmigungen rechtlich haltbar sind (vom Europa-Recht ganz zu schweigen) wird die Gesellschaft zum Schutz der Wölfe voraussichtlich wieder nicht prüfen können. Denn wie auch in den vorherigen Fällen ist damit zu rechnen, dass die Ausnahmegenehmigung erst nach Durchführung veröffentlicht wird. Damit ist die rechtliche Prüfung vor Tötung des Wolfes unmöglich, den eine Presseankündigung reicht dafür nicht aus. Mit dieser Vorgehensweise will das Umweltministerium „diejenigen schützen, die an Entnahmen beteiligt sind - unter anderem betroffene Weidetierhalter, zum Vollzug geeignete und ausgewählte Personen sowie Jägerinnen und Jäger.“ (aus der Pressemitteilung des niedersächsischen Umweltministeriums vom 01.12.21). Das sieht Christian Meyer, Abgeordneter der Grünen im niedersächsischen Landtag völlig anders: „Statt Geheimniskrämerei brauchen wir mehr Transparenz und Sachlichkeit für einen vernünftigen Umgang mit dem Wolf“ (aus dem Statement von Christian Meyer vom 01.12.21).

Am 01. Dezember 2021 fand vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof in Bückeburg die mündliche Verhandlung zur Klage der Grünen Landtagsabgeordneten Christian Meyer und Imke Byl gegen die Niedersächsische Landesregierung statt. Die Abgeordneten begehren darin die Beantwortung ihrer Landtagsanfragen zum Thema Zahl und Begründung von Wolfsabschüssen. Das Ergebnis der Klage wird Anfang Februar 2022 erwartet.

Ob das den Wölfen des Schiffdorfer und Garlstedter Rudels noch helfen wird, ist fraglich.

Die Gesellschaft zum Schutz der Wölfe ist auf jeden Fall nach wie vor bereit alle rechtlich möglichen Schritte zu prüfen und zu ergreifen, um den niedersächsischen Umweltminister wieder dazu zu bringen, sich an die strengen artenschutzrechtlichen Regelungen zu halten, die den Wolf in Deutschland und Europa schützen.

Dr. Peter Blanché

1. Vorsitzender Gesellschaft zum Schutz der Wölfe e.V.

ViSdP

Peter Blanché, Am Holzfeld5, 85247Rumeltshausen,
Telefon: 0171-8647444, mail: peter.blanche@gzsdw.de

Über uns: Die Gesellschaft zum Schutz der Wölfe e.V. (GzSdW) ist ein anerkannter Umwelt- und Naturschutzverband. Ihr Ziel ist eine Koexistenz zwischen Menschen und Wölfen, die nach ihrer Ausrottung vor rund 150 Jahren wieder nach Deutschland zurückgekehrt sind. Sie klärt vor Ort und in den bundesweiten Medien über den Wolf auf. Sie setzt sich mit Fachwissen, finanzieller und praktischer Hilfe für alle ein, die direkt von der Anwesenheit der Wölfe betroffen sind. Zudem arbeitet sie mit einem Netzwerk von öffentlichen und privaten Institutionen des Artenschutzes, Nutztierhaltern sowie der Forschung und Bildung zusammen.